

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

p.B.15.21.Au.(14)-VP/au

Bern, den 6. Dezember 1977

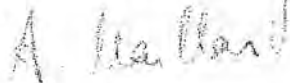
Vertraulich

Besuch des Generalsekretärs im österreichischen Aussenministerium,
Botschafter Alois Reitbauer, in Bern, 7. November 1977

Herr Botschafter,

Auf Einladung von Generalsekretär Weitnauer befand sich sein österreichischer Amtskollege am 7. November 1977 in Bern. Botschafter Reitbauer wurde auch von Bundesrat Graber zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Die Gespräche zwischen den beiden Delegationen fanden im Rahmen der regelmässigen schweizerisch-österreichischen Kontakte statt.

In der Beilage erhalten Sie eine Aufzeichnung über die Gespräche.

Beilage erwähntPOLITISCHE DIREKTION
i.A.

A. Maillard

VP/au

Besuch des Generalsekretärs im österreichischen Aussenministerium,
Botschafter Alois Reitbauer, in Bern, 7. November 1977

V o r m i t t a g

1. Ost-West Beziehungen

Botschafter Weitnauer stellt nach der Begrüssung fest, dass das Ost-West-Verhältnis ein sehr heterogenes sei. Einerseits finden wir, in der UdSSR eine gerontokratische, völlig erstarrte Führungsspitze, die von einem wirklichen und aufrichtigen Bedürfnis nach Détente beseelt ist und u.a. auch die wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen möchte. Die USA andererseits haben die Folgen der vier erschütternden Krisen der späten 60er und frühen 70er Jahre (Studentenunruhen, Desegregation, Vietnam, Watergate) überwunden und sich auf die Fundamente ihrer Republik zurückbesonnen, was sich in der Wahl Carters, des religiösen, Pioniergeist verkörpernden, unerfahrenen, vor zwei Jahren noch weitgehend unbekanntem Südstaatler ausdrückte. In der Folge ist die US-Politik heute noch durch eine gewisse Unruhe, ein Abtasten und durch einen Mangel an Geradlinigkeit charakterisiert. Die Wirtschaft befindet sich in gutem Zustand, leidet aber unter gewissen Schwankungen, nicht zuletzt durch die Reformfreudigkeit der neuen Administration, die eine regelrechte wirtschaftliche Experimentierphase eingeleitet hat.

Carters Aussenpolitik, die mit paukenschlagähnlichen Initiativen eingeleitet wurde (Menschenrechte, Abrüstung) wird bereits differenzierter artikuliert. Das Tauwetter in den SALT-Verhandlungen, die gemeinsame russisch-amerikanische Nahosterklärung und der kühne Versuch zur Lösung des Problems des Panamakanals deuten auf eine systematischere Politik hin. Klar erkennbar sind die Prioritäten der neuen Aussenpolitik. Dies haben insbesondere die Chinesen zu spüren bekommen. Sie haben erfahren müssen, dass Carter sich zuerst der

- 2 -

UdSSR widmen will und China - zumindest im chronologischen Ablauf - zweite Priorität zukommt. Immerhin ist die Tendenz klar erkennbar, heisse Eisen mit dem Willen, zu Lösungen zu gelangen, anzupacken, selbst wenn dabei Erfolgswänge entstehen, wie z.B. im Nahen Osten und in Panama.

Botschafter Weitnauer hat dieses Jahr Jugoslawien, die CSSR, Polen, Bulgarien und Ungarn besucht. Von seinen Gesprächen in Ungarn war er eher unangenehm überrascht, von "Gulasch-Kommunismus" war nichts zu spüren. Umso positiver waren die Eindrücke in Bulgarien, das sich zwar - u.a. auch historisch bedingt - eindeutig im Schlepptau der Sowjetunion befindet. Umgekehrt war z.B. erstaunlich, dass zwischen Kirche und Staat keine Spannungen zu bestehen scheinen.

Die Entwicklung in Richtung mehr Détente ist ein delikater Prozess, der von beiden Seiten jederzeit gefährdet werden kann. Fortschritte ergeben sich nur sehr langsam. Wir müssen uns fragen, was wir dazu tun können.

Botschafter Reitbauer ist mit der Schilderung des Immobilismus der UdSSR völlig einverstanden. Wichtig ist, dass man sich darüber Rechenschaft gibt, dass Détente in Ost und West verschieden interpretiert wird, nicht zuletzt wegen des schizophrenen Charakters der sowjetischen Aussenpolitik. Die Entspannung wird in Moskau bereicherspezifisch verstanden, d.h. sie ist nur auf das Verhältnis zwischen Staaten der nördlichen Hemisphäre anwendbar, wobei zusätzlich der ideologische Wettstreit vom Entspannungsprozess unabhängig weitergeführt wird. Wir (der Westen) müssen hier wachsam bleiben. Unsere demokratischen Auffassungen sind zwar letztlich die stärkeren. Wir dürfen uns aber nicht von der Entspannung einschläfern lassen.

Was die USA anbelangt, hat man den Eindruck, dass dort Aussenpolitik sprunghaft und ohne Konzept gemacht wird und hauptsächlich der innenpolitischen Selbstdarstellung der Administration Carter dient. Die Menschenrechtsfrage ist hier ein gutes Beispiel. Sie wurde mit Trompetenstössen hochgespielt, weil innenpolitisch nützlich, dann aber nicht konsequent weiterbehandelt. So sind es denn in Belgrad

- 3 -

viel weniger die USA als die Westeuropäer, die die Menschenrechte verteidigen. Man gewinnt den Eindruck, dass die US-Regierung den Entspannungsprozess nicht in seiner ganzen Komplexität verstanden hat.

Die Verschiebung der Weltreise Carters aus innenpolitischen Gründen zeigt ihrerseits deutlich, wie sehr die Aussenpolitik der USA von innenpolitischen Gegebenheiten abhängig ist.

2. KSZE

Botschafter Weitnauer hatte zu Anfang des Belgrader Treffens festgestellt, dass USA und UdSSR der Eindruck der "Gemeinsamkeit" offensichtlich wichtig war. Bezeichnenderweise sind es nicht die USA, die in der Menschenrechtsfrage den Osten am schärfsten attackieren, weil sie offenbar nicht gewillt sind, die Lösung anderer für sie wichtigerer Probleme wie SALT und Naher Osten zu behindern.

Botschafter Bindschedler bemerkt, dass sich das Belgrader Treffen gegenwärtig noch im Stadium der Reden befindet. Bis man auf konkrete Verhandlungen eintreten wird, können noch Wochen, ja Monate vergehen.

In den Kommissionsarbeiten sind deutlich drei Stadien zu unterscheiden: jenes der Selbstdarstellung (wie gut und gründlich in allen Ländern die Beschlüsse der Schlussakte durchgeführt wurden); jenes der Vorwürfe an die anderen, sich nicht daran gehalten zu haben (hier sind besonders die EG sehr aktiv, was sich schlussendlich kontraproduktiv auswirken könnte); und jenes der konkreten Vorschläge, auf die bis jetzt substantiell noch nicht eingegangen wurde.

Im Gegensatz zu Helsinki spielen die Blöcke in Belgrad eine grössere Rolle, was sich in unzähligen Koordinationssitzungen (EG täglich, NATO zweitäglich) ausdrückt. Darüber hinaus ist das Verhältnis USA-UdSSR bestimmend. Festzuhalten ist dabei, dass die USA die Schlussakte zu einem Werkzeug ihrer Aussenpolitik gemacht haben und daher eine grössere Rolle spielen als in Helsinki. Es ist für

- 4 -

sie massgebend, in wichtigen Fragen zu einer Einigung mit der UdSSR zu kommen; die Zwischenfälle, unter anderem was die Menschenrechte angeht, sind hauptsächlich "Show" und hängen nicht unwesentlich von der Person Goldbergs ab. Immerhin stellt die angestrebte Einigung unter den Supermächten eine gewisse Gefahr dar: Es ist möglich, dass die Konferenz die Resultate dieser Einigung nur noch akzeptieren oder ablehnen kann. Für die N+N bedeutet dies, dass sie sich aus dem Blockspiel heraushalten und insbesondere auch Vorschläge von NATO-Seite mit der nötigen Skepsis begegnen sollten.

Auch militärische Fragen spielen eine grössere Rolle als in Helsinki. Man wird den Eindruck nicht los, die Sowjetunion wolle die MBFR nach Belgrad verlegen. Dies käme ihr insofern gelegen, als hier keine bindenden Abmachungen zu erwarten sind. Darüber hinaus hat der Ostblock zu einer militärpolitischen Offensive gegen die NATO ausgeholt, was in Vorschlägen wie Verbot des Ersteinsatzes von A-Waffen und Blockierung der Allianzen zum Ausdruck kommt.

Wir werden uns aus militärischen Problemen heraushalten und uns auf die vertrauensbildenden Massnahmen beschränken.

In diesem Zusammenhang fragen wir uns, ob nicht die Idee der negativen Sicherheitsgarantien für allianzfreie, nicht-nukleare Staaten aufgeworfen werden könnte. Es könnte dies im Konferenzdokument in Form einer Erklärung der Nuklearstaaten Niederschlag finden, Atomwaffen auf keinen Fall gegen Staaten einzusetzen, die keiner Allianz angehören, keine A-Waffen besitzen und auf deren Boden keine solchen Waffen stationiert sind.

Für eine österreichische Stellungnahme zu dieser Idee - hier oder in Belgrad - wären wir dankbar.

Völlig unklar ist noch, wie die Behandlung der Mittelmeerfragen ausgehen wird.

Zusammenfassend scheinen uns Redeschlachten und eine Vertiefung der Kontroversen nutzlos. Unseres Erachtens sollte sich die Taktik der

- 5 -

N+N auf positive - vielleicht bescheidene - Vorschläge beschränken, die zu Erleichterungen im Ost-West-Verhältnis führen können und - vor allem - zu konkreten Diskussionen Anlass geben (in diesem Sinne ist unser Vorschlag betreffend Information zu werten).

Botschafter Reitbauer stellt fest, dass sich unsere Ansichten weitgehend decken. Ein Unterschied ergibt sich in der Beurteilung der Rolle der USA: wir sind der Ansicht, dass sie ohne Konzept nach Belgrad gekommen sind, das für sie im Vergleich zum Nahen Osten oder zu SALT eine völlig untergeordnete Rolle spielt. Dementsprechend sehen wir keine Dominanz der Supermächte am Treffen.

Der Ostblock ist durch die Attacken in Sachen Menschenrechte zwar irritiert, die Toleranzgrenze ist aber recht hoch. Er tritt bei den meisten Themen defensiv auf, agiert praktisch nur in militärischen Fragen offensiv, mit einem nicht zu unterschätzenden Gespür für die öffentliche Meinung im Westen. Angesichts seiner "Friedensoffensive" (Blockierung der Allianzen, Ersteinsatz von A-Waffen, Beschränkung der Manöver auf 50 - 60'000 Mann) müssen wir äusserst wachsam sein.

Die schweizerischen Vorschläge - SRPD und Information - unterstützt Oesterreich selbstverständlich. Auch zu den negativen Garantien stellt sich R. - nach einigen zusätzlichen Erläuterungen von Botschafter Bindschedler - grundsätzlich positiv ein.

Er dankt für die ausgezeichnete konstruktive Zusammenarbeit Schweiz - Oesterreich in und ausserhalb der N+N.

Dem österreichischen Vorschlag im Energiesektor haben die EG zugestimmt. Sie sprächen von einer Konferenz auf höherer Ebene, obwohl Oesterreich eigentlich den ECE-Rahmen vorgezogen hätte.

Im Bereich der Binnenschifffahrt steht Oesterreich im Verruch, Vorreiter des Ostens zu spielen. Dem ist nicht so. Im Gegenteil, die UdSSR ist darüber gar nicht erbaut. Im übrigen war die Initiative bereits in Kreiskys Rede in Helsinki angedeutet worden. Im wesentlichen geht es nicht um einen internationalen Status, sondern um die

- 6 -

freie Benützung der Wasserwege, vor allem auch im Osten. Der Vorschlag ist zwar sehr detailliert, aber alles, was er konkret enthält, steht zur Diskussion.

Botschafter Diez gibt unserer grundsätzlich positiven Einstellung zum Vorschlag betreffend die Binnenschifffahrt Ausdruck. Schwierigkeiten bereitet uns allerdings die Tatsache, dass die Diskussion kaum auf den Rhein-Main-Donaukanal beschränkt werden kann. Damit käme wohl auch das für uns wichtige Problem EG/Rheinzentralkommission zur Sprache, was wir nicht wünschen. Immerhin können wir dem Vorschlag zustimmen, solange unsere Interessen am Rhein nicht berührt werden. Nützlich wäre es, wenn auch bei den übrigen interessierten Staaten präzisiert würde, dass der Vorschlag als Idee aufzufassen ist, und auch seine konkreten Teile zur Diskussion stehen.

Botschafter Sommaruga begrüsst den österreichischen Vorschlag über wirtschafts- und handelspolitischen Informationsaustausch. Es hat sich gezeigt, dass die Schlussakte im bilateralen Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit durchaus von Nutzen ist, vor allem wenn es darum geht, Texte der Akte in Abkommen aufzunehmen. Sie werden dadurch bindend.

Im multilateralen Bereich steht für uns die ECE im Vordergrund, in der die sich aus dem Schlusssdokument ergebenden konkreten Fragen am besten zu behandeln wären. Die ECE bietet die Möglichkeit, Gespräche auf allen Ebenen durchzuführen. Dazu verfügt sie über guteingearbeitetes Personal. Unter der Bedingung, dass die Behandlung von KSZE-Folgen gut vorbereitet und nicht zu technisch ist, um Gespräche auf höherer Ebene zu ermöglichen und dass sie den ganzen ECE-Raum interessieren, wäre die ECE dafür wirklich das ideale Forum. Der österreichische Vorschlag betreffend Energie würde durchaus in diesen Rahmen passen.

Botschafter Thalberg ist der Ansicht, dass dies auch für den Vorschlag für die Binnenschifffahrt zutrifft.

3. Verhältnis EG/Nicht-Neun

Botschafter Weitnauer erwähnt die positiven Folgen des EFTA-Gipfels, der für die Beziehungen der EFTA-Länder untereinander sehr fruchtbar war. Auch in Brüssel hat man positiv reagiert. Die Diskussion über eine ganze Reihe technischer Probleme ist zwar im Gange. Der Gipfel hat aber die Möglichkeit geboten, den Zugang zu den EG auch auf politischem Gebiet finden zu können.

Er hat im übrigen auch in Washington wieder betont, dass Europa nicht nur aus den EG bestehe.

Botschafter Reitbauer begrüsst die Weiterentwicklung und Festigung der EG im Sinne der geographischen Erweiterung und der Wirtschafts- und Währungsunion, die beide auch für Nicht-Mitglieder ^{positive} Folgen zeitigen. Grundsätzlich ist Oesterreich auch der EPZ günstig gesinnt; diese kann sich zuweilen aber auch negativ auswirken - Beispiel Belgrad. Die Direktwahl des Europaparlaments stellt eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz zum Europarat dar.

Das eigentliche Problem Oesterreichs liegt aber in seiner defizitären Zahlungsbilanz (60 Milliarden Schilling), wobei die E^U-Staaten einige Mühe haben, das Problem zu verstehen. Insbesondere die BRD, die auf die beneidenswerte Lage Oesterreichs betreffend Inflation und Arbeitslosenrate hinweist, scheint die Sorge um die Zahlungsbilanz nicht verstehen zu wollen.

Botschafter Weitnauer weist auf das beträchtliche schweizerische Handelsbilanzdefizit hin.

Herr Bösch sieht im Rahmen des europäischen Freihandels längerfristig Entwicklungsmöglichkeiten im folgenden Rahmen: Erweiterung (Verhandlungen mit Spanien, Mittelmeerraum) und Vertiefung (Verbesserung der Rahmenbedingungen, z.B. Gesellschaftsrecht) einerseits, Liberalisierung (Transport, grenzüberschreitenden Omnibusverkehr) und Zusammenarbeit (COST, Euronet) andererseits. Der österreichisch-schweizerische Schulterschluss in den Verhandlungen der EFTA mit Spanien ist erfreulich.

- 8 -

Botschafter Reitbauer teilt die Freude am Schulterschluss umsomehr als Oesterreich sich damit für einmal nicht in schwedischen Fahrwassern befindet. Spanien verdient jede Unterstützung im Rahmen seiner Demokratisierung. Dem österreichischen Parlament liegt ein Gesetzesentwurf zur Hilfe an Portugal vor. Mit Griechenland ist momentan nichts zu machen, es gibt sich offenbar Illusionen um seinen baldigen EG-Beitritt hin. Auch zwischen der EFTA und Jugoslawien sollte es zu einer Art Zusammenarbeit kommen.

Botschafter Weitnauer: Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten müssen wir den Symbolwert des zu erwartenden EG-Beitritts von Portugal, Spanien und Griechenland erkennen.

Die Lage in Portugal ist bedeutend weniger erfreulich als in Spanien. Wir tun alles, um diesem Land politisch und wirtschaftlich aufzuhelfen.

Botschafter Sommaruga: Wir müssen versuchen, unsere Ansicht jeweils vor den Entscheidungen, die die EG in Sachen Rechtsharmonisierung treffen, in Brüssel kund zu tun, um der Gefahr des automatischen Zwangs zum Nachvollzug zu begegnen. Es gilt hier, eine pragmatische Lösung zu finden. Der Moment scheint dazu günstig, wozu der EFTA-Gipfel wesentlich beigetragen hat: Haferkamp war in Wien und wird nach Bern kommen; solche Besuche sind nützlich und sollten vermehrt stattfinden, etwa im Sinne gezielter Treffen auf höherer Ebene zu wirtschaftspolitischen Gesprächen mit der EG-Kommission.

Was die Erweiterung der EG anbelangt, sollte Griechenland im Auge behalten werden. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des griechischen EG-Optimismus können schwerwiegende Folgen haben. Wir müssen die Griechen zu einer Uebergangslösung bringen.

Mit einer Zusammenarbeit EFTA-Jugoslawien auf pragmatischer Basis sind wir einverstanden. Die grundlegenden Unterschiede in den Wirtschaftssystemen schliessen eine Freihandelslösung aber aus. Wir müssen auch aufpassen, dass im Falle Jugoslawiens die EFTA nicht zu politischen Zwecken missbraucht wird.

- 9 -

Botschafter Hegner sieht ein Problem in der zunehmenden Konzentrierung von Erziehungsfragen und bildungspolitischen Aktivitäten in Brüssel zu Lasten des Europarates. Es besteht für uns - längerfristig - die Gefahr des Ausschlusses von bildungs- und erziehungspolitischen Entscheidungen, die zu einer Diskriminierung der Nicht-Neun mit bezug auf Abschlusszeugnisse und Diplome führen kann. Unsere Verwaltung prüft gegenwärtig die Möglichkeit eines institutionalisierten Informationsaustausches Schweiz - EG. Eine diesbezügliche Kontaktaufnahme mit dem EG-Sekretariat ist in Vorbereitung. Wie stellt sich Oesterreich zu diesem Problem? Ein konzertiertes Vorgehen im Europarat läge in beiderseitigem Interesse.

Botschafter Reitbauer wird dem zuständigen Minister für Wissenschaft und Forschung, Frau Firnberg, das Problem unterbreiten. Er bittet, dass das AA, sollte unsere Botschaft mit dem erwähnten Ministerium in Kontakt treten, jeweils orientiert wird.

N a c h m i t t a g

4. UNO

Botschafter Weitnauer umreisst die schweizerische Haltung zur UNO und gibt einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Diskussion. Die Frage des Beitritts kann dem Volk frühestens 1980/81 unterbreitet werden.

Botschafter Reitbauer bedauert die Nichtmitgliedschaft der Schweiz, umso mehr als in der UNO Neutrale mit vernünftigen politischen Ansichten überaus rar sind. Oesterreich ist sehr an der UNO gelegen, weshalb es auch eine aktive Rolle spielt. Als Beispiel dafür kann neben der Person Waldheims - die mit Konsens angenommene Resolution über Sicherheit in der Zivilluftfahrt und der Vorsitz von Botschafter Jankowitsch in der 2. Kommission angeführt werden.

- 10 -

Gegenwärtig erarbeitet das Aussenministerium einen Bericht über die Erfahrungen Oesterreichs in der UNO, mit Hauptakzent auf dem Wahlverhalten. Nach Fertigstellung wird der Bericht der Schweiz gerne zur Verfügung gestellt.

Gesandter Klestil gibt einen Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse der 32. Generalversammlung. U.a. hofft er, dass in der 6. Kommission im Zusammenhang mit der Konvention über die Vertretung der Staaten bei internationalen Organisationen die Frage der Vertretung von der OAU und der Arabischen Liga anerkannter Befreiungsbewegungen nicht aufgeworfen wird. Dies könnte Sitzstaaten wie Osterreich und die Schweiz in eine unangenehme Lage bringen. Wir sollten in dieser Frage in engem Kontakt bleiben.

Osterreich liegt daran, zur Eröffnung des Donauparks eine UN-Briefmarke in Schilling herauszugeben. Der Weltpostverein erlaubt diese Marken bisher nur in schweizerischer und US-Währung. Er hofft, dass die Schweiz eine entsprechende Resolution im Weltpostverein unterstützen werde.

Botschafter Weitnauer: Wir prüfen gegenwärtig die Resolution des Sicherheitsrates betreffend das Waffenembargo gegen Südafrika. Den Kern des Beschlusses führen wir bereits durch. Wir liefern seit 1963 keine Waffen in dieses Land. In dieser Frage sollten wir in engem Kontakt bleiben. Für uns ist das Problem besonders wichtig: es ist immerhin das erste Mal, dass die Bestimmungen des Kapitels VII gegen einen Mitgliedstaat angewendet werden. Dazu ist die Schweiz ein bedeutender Investor in Südafrika.

Botschafter Reitbauer: Osterreich lieferte letztes Jahr trotz Opposition des Aussenministeriums Jagdwaffen und -munition nach Südafrika. Es wird sich aber strikt an die Bestimmungen des Embargos halten, auch gegen die zu erwartenden Widerstände aus gewissen Kreisen. Dazu wird das Gesetz über Ein-, Durch- und Ausfuhr von Kriegsmaterial durch eine entsprechende Verordnung der Bundesregierung ergänzt werden.

Botschafter Weitnauer stellt einige konkrete Fragen zum Problem Genf/Wien. Sie werden wie folgt beantwortet:

Gesandter Klestil kennt die Absichten des UNO-Generalsekretärs - oder vielmehr der zuständigen Beamten - für seinen nächsten Bericht (1978) nicht. Hinweise sind immerhin im Bericht an die 31. Generalversammlung enthalten, der u.a. von funktioneller Schwerpunktbildung spricht. Auf dem Sektor Energie beherbergt Wien bereits die IAEA und die OPEC. Sinnig wäre in diesem Zusammenhang ein Transfer des "UN Centre for Energy" von New York nach Wien. Andererseits sind Wissenschaft und Technologie mit der UNIDO in Wien vertreten. Es ist also vorstellbar, dass die Konferenz über Wissenschaft und Technologie 1979 in Wien stattfindet. (Die Kandidatur Manilas dürfte angesichts der UNCTAD V wohl dahinfallen.) Vorstellbar wäre ebenfalls ein Transfer des Zentrums für Transnationale Unternehmungen (CTC). Dies sind einige wenige Anhaltspunkte; es kann allerdings nicht Aufgabe Oesterreichs und der Schweiz sein, allein über die Verlegung von Organen zu bestimmen. Oesterreich fürchtet französischen Widerstand bei den schwerpunktsbezogenen Verlegungen: die erwähnten Organe unterstehen in ihrer Mehrheit dem Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten, dem höchsten französischen UN-Beamten. Gegen eine Erosion seiner Machtbasis könnte sich Frankreich sperren.

Für eine Ansiedlung der Habitat-Folgeorganisation in Wien bestehen wenig Chancen. Die nun einheitliche Stellung der OAU, das nur ein afrikanisches Land dafür in Frage käme, wird wohl bestimmend sein.

Bezüglich der zu erwartenden Wachstumsrate von UNIDO und IAEA lässt sich nichts Konkretes sagen. Optimistische und pessimistische Schätzungen, die krass divergieren, halten sich die Waage. (Dies gilt trotz der zu erwartenden Mehrarbeit auf dem Gebiet der "safe guards" und eventuellen Resultaten des INFCE auch für die IAEA).

Die Frage des Donauparks steht nicht auf der Tagesordnung der 32. Generalversammlung. Die österreichische Delegation wird sich auf eine kurze Intervention über Baufortschritt sowie Fertigungs-

- 12 -

und Uebergabebedingungen beschränken. Die Erklärung wird in New York mit Botschafter Marcuard abgestimmt werden. Das Sekretariat hat im übrigen beschlossen, den ganzen Komplex 1979 zu übernehmen und nicht sukzessive die einzelnen Teile bei Fertigstellung, wie sich Wien gewünscht hatte.

Die USA beurteilen die österreichischen Bemühungen, Sitzstaat zu werden, nach wie vor positiv.

Botschafter Reitbauer fügt an, dass dies wohl aus sicherheitspolitischen Erwägungen der Fall sei.

Er schlägt vor, bezüglich der Frage Genf/Wien auf hohem Niveau in engem Kontakt zu bleiben (unter Einschluss der zuständigen Beamten). Damit könnten Pannen, wie sie 1976 geschahen, vermieden werden. Man hätte dann eine klare Vorstellung von den Punkten, in denen eine Einigung erzielt worden sei, sowie von jenen, in denen dies nicht möglich war.

Botschafter Pometta wirft die Frage der organisatorischen Folgen des Nord-Süd-Dialogs auf.

Botschafter Weitnauer fügt bei, dass Nationalbankpräsident Leutwiler und Botschafter Jolles in Washington den Eindruck gewonnen hätten, die U.S.A. räumten dem Entwicklungsfonds der Weltbank einige Chancen ein; sie würden vorziehen, das Problem "ernsthaften Leuten" - also nicht der UNO - anzuvertrauen, was wohl bedeutet, dass hier die Brandt-Kommission zum Zug kommen könnte.

Zu erwarten ist ein anfängliches Interesse aller 149 Staaten. Mit der Zeit wird sich die Behandlung allerdings auf wenig eigentlich interessierte Teilnehmer reduzieren. Die Diskussion ist aber momentan in einem Stadium, das noch keine konkreten Schlüsse auf die Zukunft zulässt. Es wäre für uns wichtig zu wissen, ob die Schweiz in das allfällig zu schaffende Organ kooptiert werden könnte. Als Teilnehmer der KIWZ hätten wir ein legitimes Interesse daran.

Gesandter Klestil hat keine Hinweise auf die Form der Fortsetzung des Dialogs, der Vorteil der UNO wäre allerdings, dass ihr keine

- 13 -

zeitlichen Limiten gesetzt sind, was bei der Brandt-Kommission der Fall ist (18 Monate). Im übrigen stellt sich das Problem für die Kommission, genügend geeignete Leute aus Entwicklungsländern zu finden.

Eine Mitarbeit der Schweiz entspräche durchaus der UN-Tradition.

Botschafter Sommaruga kommt auf das Problem der "caucuses" in der ECE zu sprechen: die Willensbildung im westlichen Lager wird durch ellenlange EG-Konsultationen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der Neun beschränkt. Da sie eine gemeinsame Position meistens erst in extremis erreichen, stehen die Nicht-Neun oft vor einem fait accompli. Dadurch wird nicht nur eine Vermittlerrolle der Neutralen illusorisch, sie kommen oft kaum zur Sprache. Wir sollten mit Finnland und Schweden den EG gegenüber deutlich zu verstehen geben, dass dieser Umstand für uns unbefriedigend ist.

Botschafter Reitbauer ist durchaus einverstanden, das Problem zusammen mit Schweden und Finnland in Genf zu diskutieren.

Botschafter Weitnauer äussert den schweizerischen Wunsch, dass Oesterreich am 12. Dezember die Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen unterzeichnet. Die Uebersetzung, die das bundesrepublikanische AA erstellt, sollte anfangs Dezember fertig sein. Wir wären bereit, bei Bedarf eine Uebersetzungskonferenz abzuhalten, wenn nötig schon anfangs Dezember.

Botschafter Reitbauer sieht hier Schwierigkeiten, da die Uebersetzung recht spät zur Verfügung stehen wird. Sie muss in Wien noch andern Ministerien unterbreitet werden. Er wird aber versuchen, die Behandlung zu forcieren.

Er wiederholt noch einmal, wie sehr Oesterreich an der schweizerischen Unterstützung bei der Herausgabe einer UN Briefmarke in Schilling gelegen sei.

5. Europarat

Botschafter Hegner fragt sich, wie verhindert werden könnte, dass die Wahl des stellvertretenden Generalsekretärs jene, unvergleichlich wichtigere, des Generalsekretärs selbst präjudiziert. In der Tat sind die Beziehungen Kahn-Ackermanns zu den Regierungen verschiedener Mitglieder nicht die besten. Andererseits steht durchaus nicht fest, ob Bonn bereit ist, ihn fallen zu lassen; er ist ein SPD-Mann, eine Tatsache, auf die das von der FdP dominierte AA Rücksicht nehmen muss. Eine "gemeinsame Front" der mit Kahn-Ackermann unzufriedenen Mitglieder könnte hier sehr nützlich sein. Unsererseits würden wir vorziehen, dass die Wahl des stellvertretenden Generalsekretärs von jener des Generalsekretärs abhängig gemacht wird und nicht umgekehrt. Es bestünde die Möglichkeit, den Stellvertreterposten bis im Mai 1979 vakant zu lassen, womit alle Optionen offenbleiben.

Schweden scheint Botschafter Backlund für eine Kandidatur als Nachfolger K.-A's. vorzusehen. Die Wahl eines Skandinaviens wäre an sich begrüssenswert, wir haben uns aber noch nicht festgelegt. Einer der beiden Posten sollte jedenfalls der EG zufallen (z.B. Golsong, D, oder einem Franzosen).

Zu hoffen ist, dass Jenkins, gemäss Forlanis Wunsch, in Kürze einen Plan zur Zusammenarbeit der EG-Kommission mit dem Europarat darlegt.

Was die Nachfolge Kahn-Ackermanns betrifft, so steht noch keineswegs fest, ob Bonn bereit ist, auf eine erneute Kandidatur zu verzichten. Sollte dies aber der Fall sein, so erschiene die Kandidatur Backlunds insofern sinnvoll, als sie bei den Skandinaviern das Interesse für den Europarat etwas wecken könnte. Andererseits wäre auch eine französische Kandidatur für den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs eine gute Idee. Dies hängt aber natürlich davon ab, ob K.-A. wirklich nicht noch einmal kandidiert. Wie dem auch sei, als Neutrale haben wir beide ein vitales Interesse an diesen Fragen. Wir sollten daher in direktem Kontakt bleiben.

6. Bilaterale Beziehungen

Botschafter Weitnauer stellt fest, dass unsere Beziehungen ausgezeichnet sind und keine grossen bilateralen Probleme bestehen.

Botschafter Diez bezieht sich auf die österreichische Note vom 30.8. im Fall Swissair. Das in Aussicht gestellte Dossier wird gegenwärtig erstellt. In der Folge wollen wir die Verhandlungen möglichst wenig krämerhaft durchführen. Die Verhandlungen über einen Gegenseitigkeitsvertrag in Amtshaftungssachen sind bekanntlich auf dem besten Wege.

Was das österreichische Anliegen eines bilateralen Abkommens über Amtshilfe in Verwaltungssachen anbelangt, wäre dies für uns rechtlich schwierig realisierbar. In der Zwischenzeit hat der Europarat ein multilaterales Abkommen ausgearbeitet, worüber das "comité juridique" im Dezember zu befinden hat. Wir fragen uns, ob dieses Abkommen genügen würde, gegebenenfalls mit einem bilateralen Ergänzungsabkommen. Bis im Frühjahr sollten wir in der Lage sein, hier weiterzusehen.

Das Problem des Kernkraftwerkes Rüthi hat viel von seiner Dringlichkeit verloren, der Bau wird - wenn überhaupt - nicht vor Mitte der achtziger Jahre beginnen. Der Form halber wäre es immerhin angebracht, die begonnenen Expertengespräche weiterzuführen, um zu einem Zwischenresultat zu kommen. Ein Grund zur Eile besteht allerdings nicht.

Auf eine Zwischenfrage von Botschafter Thalberg antwortet Botschafter Diez, dass bezüglich Kernkraftwerke in Grenznähe keine Abkommen mit unsern Nachbarn bestehen. Eine Absprache mit der BRD über Kühlwasser, das in den Rhein fliessen sollte, wurde durch beidseitige autonome Beschlüsse, eine Durchlaufkühlung zu verbieten, gegenstandslos. Weiter haben die Mitglieder der Rheinschutzkommission ein Abkommen über die thermische Belastung abgeschlossen. In der Region Genf sind die Emotionen wegen Super-Phoenix gross. Frankreich trifft autonome Schutzmassnahmen. Wir können nicht viel mehr verlangen, da

- 16 -

wir selbst in Verbois ein Kernkraftwerk planen.

Botschafter Reitbauer ist an sich einverstanden, die Expertengespräche über Rüthi weiterzuführen. Dies sollte aber möglichst diskret geschehen, um unnötiges Aufsehen in der eminent politischen Frage der A-Werke zu vermeiden. (Er weist in diesem Zusammenhang auf die kürzliche Demonstration von A-Werkgegnern in Wien hin).

Auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen beunruhigt Oesterreich das für 1977 zu erwartende Handelsbilanzdefizit mit der Schweiz (ca. 10 Milliarden Schilling). 1975 betrug das Defizit - laut Schweizer Statistik - noch rund 2092 Mio. Dabei steigen im bilateralen Verkehr die schweizerischen Exporte, während die österreichischen eine rückgängige Tendenz aufweisen. Es werden zwar Wege gesucht, das Defizit zu bereinigen; Möglichkeiten, es auf anderen Märkten auszugleichen, bestehen allerdings keine. Es sollte daher ein bilaterales Gremium kreierte werden, bestehend aus kompetenten und mandatierten Leuten, das die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen laufend zu untersuchen hätte. Dazu könnte z.B. auch eine Zusammenarbeit der Industrien beider Länder auf Drittmärkten geprüft werden.

Botschafter Weitnauer hat volles Verständnis für dieses Problem; die Handelsabteilung ist übrigens über die österreichischen Vorstellungen orientiert. Immerhin kennen wir beide die freie Marktwirtschaft und sollten daher die Defizitbereinigung in erster Linie Industrie und Handel überlassen. Eine bessere Marktauswertung und eine intensivere Aufklärungsarbeit der österreichischen Wirtschaft in der Schweiz könnte wesentlich dazu beitragen.

Botschafter Reitbauer geht es nicht in erster Linie um ein Regierungsgremium, sondern vielmehr darum, interessierte Wirtschaftskreise zusammenzubringen, vielleicht mit einer staatlichen Initialzündung.

Botschafter Thalberg fügt an, dass Oesterreich das einzige Nachbarland der Schweiz sei, mit dem handels- und wirtschaftspolitische Probleme nicht regelmässig auf höherer Ebene erörtert würden. In

- 17. -

einem zu schaffenden Organ hätte man sich im übrigen nicht ausschliesslich mit Handelsbilanzproblemen zu beschäftigen.

Botschafter Sommaruga: Neben den bereits zahlreichen Treffen am Rande multilateraler Veranstaltungen, wären wir durchaus bereit, regelmässige Kontakte höherer Beamten durchzuführen. Folgende Hauptpunkte sollte dabei berücksichtigt werden:

- Informationsaustausch über die Wirtschaftslage und -politik, Beurteilung der Weltwirtschaftssituation
- Lage und Struktur des bilateralen Warenverkehrs
- gegenseitige handelspolitische Probleme
- Probleme, die aus der Mitgliedschaft internationaler Organisationen oder aus der Teilnahme an Konferenzen entstehen.
- wirtschaftspolitische Probleme, die sich beiden Ländern in ihren Beziehungen zu Wirtschaftsgruppen, denen sie nicht angehören, stellen.

Diese Treffen sollten regelmässig, aber im informellen Rahmen abgehalten werden. Die Zusammensetzung der Delegationen müsste von der Tagesordnung abhängen und die Möglichkeit, Vertreter aus Wirtschaftskreisen beizuziehen, sollte genutzt werden. Ein solches Gremium kann zwar das Problem des Handelsbilanzdefizits nicht lösen, es kann aber zu dessen Entschärfung beitragen.

Die Idee Kreiskys, dass besonders im Rahmen der EFTA die Möglichkeiten zur industriellen Zusammenarbeit genutzt werden sollten, scheint uns sehr interessant und könnte im beschriebenen Rahmen besprochen werden. Andererseits würde uns auch ein Austausch wirtschafts- und handelspolitischer Information sehr gelegen kommen. Wir hätten beispielsweise gerne Näheres über die kürzlich in Oesterreich beschlossenen wirtschaftspolitischen Massnahmen erfahren. Es würde uns auch interessieren, wie die "kauft österreichisch"-Kampagne mit den Freihandelsregelungen zu vereinbaren ist. Wir hoffen, dass ein erstes Treffen bereits nächstes Jahr stattfinden kann.


- 18 -

Botschafter Weitnauer hofft, dass dem Gremium möglichst wenig Beamte und möglichst viele Vertreter der Privatwirtschaft angehören werden.

* * *

Botschafter Reitbauer verbindet seinen Dank für die nützlichen und produktiven Gespräche mit einer Einladung an Botschafter Weitnauer, in ca. einem Jahr nach Wien zu kommen. Sollte es sich als notwendig erweisen, kann der Besuch natürlich auch vorverschoben werden.

Botschafter Weitnauer nimmt die Einladung an und weist darauf hin, dass nach dem Besuch von Minister Pahr ein schweizerischer Gegenbesuch fällig wäre. Nach dem Wechsel an der Spitze des EPD wäre ein Besuch des neuen Departementsvorstehers im ersten Semester 1978, frühestens im Spätfrühling, möglich


Vogler

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 6. Dezember 1977

p.B.15.21.Au.(14)-VP/au

An die diplomatischen Vertretungen in

Algier	Damaskus	Paris
Amman	Djeddah	Peking
Ankara	Dublin	Prag
Athen	Helsinki	Rabat
Bagdad	Den Haag	Rom
Belgrad	Kairo	Sofia
Berlin/DDR	Lissabon	Stockholm
Beirut	London	Tel Aviv
Bonn	Luxemburg	Tripolis
Brüssel	Madrid	Tunis
Bukarest	Moskau	Warschau
Budapest	Oslo	Wien
Kopenhagen	Ottawa	Washington

- An den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel
- An den Schweizerischen Beobachter bei der UNO, New York
- An die Schweizerische Mission bei den internationalen Organisationen in Genf
- An den Ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Paris
- An die Schweizerische Delegation bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen in Genf
- An die Schweizerische Delegation an der KSZE, Belgrad

Kopien an:

Bundesrat P. Graber (NF)	Herrn A. Glesti
Botschafter A. Weitnauer	Herrn A. Maillard
Botschafter R. Bindschedler	Herrn Y. Moret
Botschafter A. Janner	Herrn T. Raeber
Botschafter M. Heimo	Herrn P. Stauffer
Botschafter E. Diez	Herrn O. Quinche
Botschafter J. Iselin	Herrn A. Greber
Botschafter A. Hegner	Herrn E. Thurnheer
Botschafter J. Cuendet	Herrn R. Stettler
Frau Botschafter F. Pometta	Herrn R. Heinis
Minister J. Zwahlen	Herrn Ch. Boesch
Minister M. Jaccard	Herrn E. Bischof
Minister J. Monnier	TR/WA/VP
Minister F. Blankart	Herrn A. Saluz
Herrn H. Kaufmann	Botschafter C. Sommaruga (HA)
Herrn E. Andres	Herrn Lugon (HA)
	Herrn Oberst Mark (GGST,Op)